



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 72 01 38 84
Fax: (030) 72 01 39 94
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de
www: www.mechthild-rawert.de



15.05.2007 | Pressemitteilung

Benachteiligung von Homosexuellen aufheben

Anlässlich des internationalen Tages gegen die Homophobie am 17. Mai erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete für Berlin Tempelhof-Schöneberg, Mechthild Rawert:

„Es ist eine traurige Tatsache, dass Homophobie immer noch fest in den Köpfen vieler Menschen verankert ist. Viele Lesben und Schwule müssen auch heutzutage Erfahrungen mit Intoleranz machen. Diese äußert sich durch Beleidigungen, verbale und tätliche Übergriffe, aber auch durch Diskriminierungen bei der Jobsuche und am Arbeitsplatz.

Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) haben wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen, damit Lesben und Schwule keine Benachteiligungen mehr im Job und im täglichen Leben erfahren. Dass wir jetzt ein so weit reichendes Gesetz gegen Diskriminierungen haben, ist vor allem dem Druck der SPD in der großen Koalition zu verdanken. Nun müssen wir uns für ein tolerantes Klima in der Gesellschaft einsetzen, damit das AGG seine volle Wirkung entfalten kann.

Dennoch kann in Deutschland von einer Gleichberechtigung Homosexueller noch keine Rede sein. So genießen Menschen in lesbischen und schwulen Lebenspartnerschaften nicht dieselben Rechte wie heterosexuelle Eheleute, obwohl sie die gleiche Verantwortung gegenüber dem Partner oder der Partnerin übernehmen. Das wird sich leider auch in nächster Zeit nicht ändern, weil die Union von ihrem konservativen Ehe- und Familienverständnis nicht abweichen will. Es muss aber endlich anerkannt werden, dass eingetragene Lebenspartnerschaften und Ehen gleichwertig sind und auch so behandelt werden müssen. Das gilt insbesondere beim Steuer- und beim Adoptionsrecht.

Teilnahme an Warschauer Parade der Gleichberechtigung am 19. Mai 2007

Der Kampf gegen die Homophobie bleibt auch auf europäischer Ebene von herausragender Bedeutung. Gerade in den neu beigetretenen EU-Ländern sind Ausgrenzungen und Gewaltdrohungen gegenüber Lesben und Schwulen noch an der Tagesordnung. Ein unrühmliches Beispiel ist unser Nachbarstaat Polen, wo die Regierung erst in diesem Jahr die Auseinandersetzung mit Homosexualität im Rahmen des Schulunterrichts als Propaganda unter Strafe stellen wollte. Deshalb werde ich wie schon im vergangenen Jahr gemeinsam mit anderen BerlinerInnen zur Parade der Gleichberechtigung nach Warschau fahren und gegen Homophobie und für europaweit geltende Menschenrechte demonstrieren.“